

Städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration			31. Sitzungsprotokoll
19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft			2015 - 2019
Sitzungstag: 17.01.2019	Sitzungsbeginn: 16:45 Uhr	Sitzungsende: 17:50 Uhr	Sitzungsort: Deutsches Auswandererhaus, Columbusstraße 65, 27568 Bremerhaven
Teilnehmer / innen: siehe anliegende Anwesenheitsliste			
Vorsitz: Herr Klaus Möhle (Sprecher der Deputation)			

Tischvorlagen:

Neufassung der Vorlage zu TOP 2 „Verwaltungsanweisung „Leistungsberechtigung von Asylsuchenden und Geduldeten nach § 2 des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG), die eine dem Grunde nach förderungsfähige Ausbildung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) oder §§ 51, 57 und 58 SGB III absolvieren“
(Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN „Junge Geflüchtete in der Ausbildung nicht benachteiligen!“ (Drs. 19/1881 vom 24.10.2018)).

Folgende Tagesordnung wird genehmigt:

1. Protokoll über die Sitzung am 06.12.2018
2. Verwaltungsanweisung „Leistungsberechtigung von Asylsuchenden und Geduldeten nach § 2 des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG), die eine dem Grunde nach förderungsfähige Ausbildung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) oder §§ 51, 57 und 58 SGB III absolvieren“
(Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN „Junge Geflüchtete in der Ausbildung nicht benachteiligen!“ (Drs. 19/1881 vom 24.10.2018))
(Vorlage Nr. 275/19)
3. Teilhabe an Bildung für Kinder und Jugendliche mit einer (drohenden) seelischen Behinderung
Sozialleistungsrechtliche Zuständigkeit nach § 75 Absatz 1 und 2 Ziffer 1 SGB IX i.V. mit § 54 Abs. 1 Nr. 1 SGB XII und § 35 a SGB VIII
(Vorlage Nr. 266/19 in der Sitzung am 06.12.2018 ausgesetzt)
4. Aussetzen der Preiserhöhung des Stadttickets im Jahr 2019
(Vorlage Nr. 276/19)
5. Verschiedenes

Nicht öffentlicher Teil

6. Rechenschaftsbericht 2017 zu Zuwendungen
(Vorlage Nr. 277/19) -ausgesetzt-

TOP 1: Protokoll über die Sitzung am 06.12.2018

Beschluss

Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend genehmigt das Protokoll über die Sitzung am 06.12.2018

**TOP 2: Verwaltungsanweisung „Leistungsberechtigung von Asylsuchenden und Geduldeten nach § 2 des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG), die eine dem Grunde nach förderungsfähige Ausbildung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) oder §§ 51, 57 und 58 SGB III absolvieren“
(Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN
„Junge Geflüchtete in der Ausbildung nicht benachteiligen!“ (Drs. 19/1881
vom 24.10.2018) (Vorlage Nr. 275/19)**

Frau Senatorin Stahmann führt in die Vorlage ein. Sie betont, mit der Verwaltungsanweisung wird der bestehende Spielraum im Sinne der Menschen genutzt.

Die Verwaltung erläutert, warum eine Neufassung vorgelegt wurde. An einigen Stellen sei die Formulierung missverständlich gewesen.

Frau Görgü-Philipp (Bündnis 90/Die Grünen) spricht großen Dank aus, auch dafür, dass die Änderungswünsche übernommen wurden.

Herr Schröter (soz.erf.Dritter) berichtet, dass er von Fluchtraum Bremen e.V. angeschrieben wurde. Dieser bedankt sich für die Flexibilität.

Fragen von Frau Leonidakis (Fraktion Die Linke), Frau Grönert (Fraktion der CDU) und von Frau Görgü-Philipp (Bündnis 90/Die Grünen) werden von der Verwaltung beantwortet.

Beschluss

Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt die Verwaltungsanweisung „Leistungsberechtigung von Asylsuchenden und Geduldeten nach § 2 des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG), die eine dem Grunde nach förderungsfähige Ausbildung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) oder §§ 51, 57 und 58 SGB III absolvieren“ zur Kenntnis.

**TOP 3: Teilhabe an Bildung für Kinder und Jugendliche mit einer (drohenden) seelischen Behinderung
Sozialleistungsrechtliche Zuständigkeit nach § 75 Absatz 1 und 2 Ziffer 1 SGB IX i.V. mit § 54 Abs. 1 Nr. 1 SGB XII und § 35 a SGB VIII
(Vorlage Nr. 266/19 in der Sitzung am 06.12.2018 ausgesetzt)**

Die Verwaltung beantwortet Nachfragen von Frau Ahrens (Fraktion der CDU), Herr Dr. Dr. Buhlert (Fraktion der FDP), Frau Leonidakis (Fraktion Die Linke)

Frau Leonidakis (Fraktion Die Linke) weist auf einen Fehler im 1. Punkt des Beschlussvorschlages hin. Statt „Schuljahr 2020/2021“ müsse es „Schuljahr 2019/2020“ heißen.

Die Deputation fasst folgenden geänderten

Beschluss

1. Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt die Entscheidung des Senats zur ganzheitlichen Festlegung der sozialleistungsrechtlichen Zuständigkeit für Leistungen zur Teilhabe an Bildung für Schülerinnen und Schüler mit Assistenzbedarfen nach § 35a SGB VIII mit Wirkung zum Schuljahr 2019/2020 beim Jugendamt zur Kenntnis.
2. Die städtische Deputation bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport um fortlaufende Unterrichtung über die zukünftige Entwicklung des Leistungsbereiches.

**TOP 4: Aussetzen der Preiserhöhung des Stadttickets im Jahr 2019
(Vorlage Nr. 276/19)**

Frau Grönert (Fraktion der CDU) spricht sich gegen eine Aussetzung der Preiserhöhung des Stadttickets als Geschenk im Wahljahr aus.

Frau Senatorin Stahmann weist die Kritik zurück.

Beschluss

Die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration nimmt die in der Senatsvorlage dargestellte Maßnahme zur Kenntnis.

TOP 5: Verschiedenes

a) Berichtsbitte der Fraktion der CDU „Bearbeitungsrückstau in der Hilfe zur Pflege“

Die Verwaltung weist darauf hin, dass in dieser Sitzung aus Aktualitätsgründen mündlich berichtet wird. Ein schriftlicher Bericht erfolgt in der Sitzung am 21.02.2019.

Herr Staatsrat Fries berichtet, dass die komplette Neu-/Notorganisation des Fachdienstes Stationäre Leistungen im Dezember 2018 erfolgreich umgesetzt wurde. Das Team für die Bearbeitung der Rückstände und Beschwerden sei personell fast vollständig aufgestellt und hätte in dieser Woche seine Arbeit aufgenommen. Das Controlling zum Abbau der Rückstände sei im Aufbau. Die Ermittlung der aktuellen Rückstandszahlen für den Bereich soll dann schnellstmöglich erfolgen.

Die ausgeschriebenen Stellen konnten durch das letzte Bewerbungsverfahren weitestgehend besetzt werden. Da die Stellenbewerber*innen sehr häufig über andere/höhere Qualifikationen verfügen (oft keine Verwaltungsausbildung, aber Studium, z. B. Jura) sei die Fluktuation im Bereich der Wirtschaftlichen Hilfen sehr hoch. Aktuell liefe wieder ein sozialzentrumübergreifendes Bewerbungsverfahren, da mehrere Stellen unbesetzt seien.

Über ein Interessenbekundungsverfahren konnten bisher 3 Interessenten für das Mobile Unterstützungsteam (MUT) gefunden werden. Ein aus dem aktiven Dienst ausgeschiedener Mitarbeiter würde seit Dezember 2018 mit 12 Stunden wöchentlich im Sozialzentrum Nord eingesetzt. Eine Mitarbeiterin (in Elternzeit) unterstützte mit 5 Wochenstunden im Sozialzentrum Süd. Die dritte Interessentin prüft noch ihren möglichen Einsatz im Hinblick auf die Anrechnung der Nebeneinkünfte auf Ihre Rentenbezüge. Man versuche, fortwährend weitere Unterstützer*innen zum Abbau der Rückstände über das MUT zu gewinnen.

Die personelle Verstärkung für den Fachdienst Stationäre Leistungen sei angekommen. Es gibt leider erneute Vakanzen in dem Bereich, die Wiederbesetzung sei veranlasst.

b) Erstaufnahme umA

Herr Staatsrat Fries berichtet, dass ursprünglich das Objekt Horner Eiche zur Unterbringung genutzt werden sollte. Dies sei aufgrund Fragen des Brandschutzes jedoch nicht geeignet. Es wird derzeit die Immobilie Zollamt geprüft. Wenn die Prüfungen und Gespräche abgeschlossen sind, wird der Deputation berichtet werden.

c) Tote Rentnerin im Rhododendron-Parks

Auf Nachfrage von Frau Grönert (Fraktion der CDU) zu den näheren Umständen antwortet Frau Stahmann, dass zurzeit noch nicht alle Informationen vorlägen. Das Ermittlungsverfahren würde noch laufen. Wenn es möglich ist, wird zur nächsten Sitzung berichtet werden. Nach jetzigem Stand seien alle Bestimmungen eingehalten worden. Grundsätzlich bedarf es eines richterlichen Beschlusses, um Freiheitsentziehende

Maßnahmen umzusetzen. Eine dementielle Erkrankung sei hierfür nicht automatisch ein Grund.

Nicht öffentlicher Teil

**TOP 6: Rechenschaftsbericht 2017 zu Zuwendungen
(Vorlage Nr. 277/19) –ausgesetzt-**

Auf die Ausführungen zu TOP 5 der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration am 17.01.2019 wird verwiesen.

Sprecher

Protokollführerin

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport

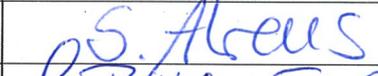
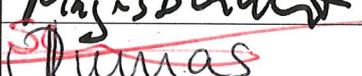
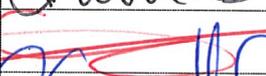
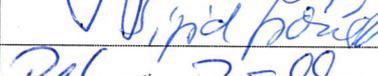
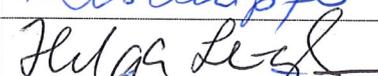
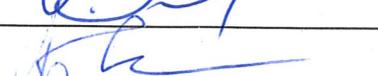
Staatliche und städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration	Sitzung am: 17.01.2019	Sitzungsort: Auswanderer Haus, Columbusstraße 65, 27568 Bremerhaven
---	------------------------	---

ANWESENHEITSLISTE

Beginn der staatlichen Sitzung: 15:30 Ende der staatlichen Sitzung: 16:35
 Beginn der städtischen Sitzung: 16:45 Ende der städtischen Sitzung: 17:50

Mitglieder der Deputation für Soziales, Jugend und Integration

Vertreter/in des Senats	Unterschrift
Senatorin Anja Stahmann	
Staatsrat Jan Fries	

Vertreter/in der Bremischen Bürgerschaft	Land	Stadt	Unterschrift
Ahrens, Sandra (MdBB) CDU		X	
Böttger-Türk, Gunda (Dep.) SPD	L		
Brededorst, Gönül (Dep.) SPD		X	
Dr. Dr: Buhlert, Magnus (MdBB) FDP		X	
Dumas, Hela (Dep.) CDU	X		
Erlanson, Peter (MdBB) SOFIA LEONIDAKIS	X		
Görgü-Philipp, Sahhanim (MdBB) -stellvertr. Sprecherin Land -	X		
Grönert, Sigrid (MdBB) CDU	X	X	
Jäschke, Petra (MdBB) SPD	X		
Krumpfer, Petra (MdBB) SPD		X	
Lürßen, Helga (Dep.) CDU	X		
Möhle, Klaus (MdBB) - Sprecher -	X	X	
Dr. Redder, Volker FDP	X		
Tassis, Alexander (MdBB) AfD		X	
Tuchel, Valentina (MdBB) SPD	X	X	
Tuncel, Cindi (MdBB) Die Linke		X	
Wargalla, Kai-Lena (MdBB) B'90/Die Grünen		X	
Yildiz, Kebire (MdBB) -stellvertr. Sprecherin Stadt -	X	X	

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport

Staatliche und städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration	Sitzung am: 17.01.2019	Sitzungsort: Auswanderer Haus, Columbusstraße 65, 27568 Bremerhaven
---	------------------------	---

Vertreter/innen der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen Integration und Sport

Name	Name
Dr. David Laskaßen	
Birgit Gausse	
Wilfried Woyte	
Haren Ewald	
Barbara Hellbard	

Gäste, Sachverständige und Vertreter/innen anderer Behörden/Institutionen

Name	Institution/Behörde
Steinbrück	LBB
Baumann	LBB
Krow	FDP Fraktion
Jens E. Schröter	soz. erf. dritte der paritätische